

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

I 072/2007 (DDI)

Interpellation Remo Ankli (FdP, Beinwil): Verhältnisblödsinn bei der «Qualitätskontrolle» im Pflegekinderbereich (16.05.2007)

Gegenwärtig befindet sich der 3. Teil des Pflegekinderkonzepts (Kindertagesstätten) bei «interessierten Kreisen» in der Vernehmlassung. Die ersten beiden Teile des Konzepts, welche sich mit der Familien- und der Tagespflege befassen, wurden auf den 1. Januar 2007 für eine Pilotphase (bis Mitte 2009) in Kraft gesetzt. Bereits die Neuorganisation der Familien- und Tagespflege führte zu teils heftigen Reaktionen in der Öffentlichkeit (Schlagzeilen: «Bewilligungspflicht für Grosseltern», «Babysitter im Visier der Behörden») und stiess auf breite Kritik. Es scheint, dass die Abteilung «Soziale Dienste und Gesellschaftsfragen im Amt für soziale Sicherheit im gleichen Sinn und Geist weiterfahren will, denn auch das Konzept für Kindertagesstätten mit den vorgesehenen Qualitätsanforderungen führt mit Bestimmtheit zu einer Aufblähung des Bewilligungs- und Aufsichtsverfahrens, zu mehr Bürokratie sowie zu Frustrationen bei den Akteuren, die dieses Qualitätskonzept umsetzen müssen. Als Folge davon werden massive Mehrkosten bei den Eltern bzw. der öffentlichen Hand (Gemeinden) anfallen. Diese Meinung wird selbst von den Konzeptverfassern geteilt, wenn sie festhalten: «Die qualitativen Vorgaben sind jedoch in der Regel mit Mehrkosten für die Kindertagesstätten verbunden, weshalb sich die Frage nach der Finanzierung aufdrängt.»

Meine Fragen an den Regierungsrat:

1. Teil der Regierungsrat die Meinung, dass Aktivitäten in der Kinderbetreuung (seien es solche von Pflege- oder Tagesmüttern, seien es solche von Kindertagesstätten) möglichst gefördert und unterstützt werden sollten, anstatt dass man sie mit administrativen Hürden behindert?
2. Falls ja, warum soll dann im Bereich der Kindertagesstätten ein Qualitätskonzept implementiert werden, das zu einer zusätzlichen Belastung der Verantwortlichen und unbestrittenermassen zu Mehrkosten führen wird?
3. Sieht der Regierungsrat nicht grundsätzlich die Gefahr, dass das Pflegekindwesen mit der Einführung von opulenten Qualitätskonzepten, komplizierten Formularen, etc. ins gleiche Fahrwasser gerät wie beispielsweise die Alters- und Pflegeheime, die unter ähnlichen Auflagen sowie den verbundenen Kosten zu leiden haben?

Begründung (16.05.2007): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Remo Ankli, 2. Christian Thalman, 3. Kaspar Sutter, Andreas eng, Beat Käch, Irene Froelicher, François Scheidegger, Beat Loosli, Ernst Zingg, Robert Hess, Verena Meyer, Reinhold Dörfli, Enzo Cessotto, Annekäthi Schluop, Rosmarie Heiniger, Ruedi Nützi, Heinz Bucher, Andreas Gasche, Philippe Arnet, Hansruedi Wüthrich. (20)